

Einwohnergemeinde Ennetbaden

Einladung zur

Einwohnergemeindeversammlung

vom Donnerstag, 16. November 2006, 20.00 Uhr, in der Turnhalle

Im Anschluss an die Gemeindeversammlung wird ein Umtrunk offeriert.

--oo00oo--

Traktanden	<u>Seite</u>
1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 1. Juni 2006	10 - 20
2. Genehmigung des Voranschlages 2007	2
3. Genehmigung der Kreditabrechnung Sondernutzungsplan Goldwand	3
4. Gemeindeverband Mütter- und Väterberatung Bezirk Baden; Beitritt und Genehmigung der Satzungen	4 - 6
5. Studienaufträge Gestaltung Raum Bad-/Sonnenbergstrasse; Kreditbegehren	7
6. Sanierung Limmatuferweg im Bereich der Parzelle 1711; Neues Kreditbegehren	8 - 9
7. Verschiedenes	

Die Akten liegen in der Gemeindekanzlei vom 2. – 16. November 2006 zur Einsichtnahme öffentlich auf.

Ennetbaden, 25. September 2006

Gemeinderat Ennetbaden

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 1. Juni 2006

Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 1. Juni 2006 ist im Anschluss an die Traktandenberichte abgedruckt.

Antrag: Genehmigung

2. Genehmigung des Voranschlages 2007

Es wird auf den separat gedruckten Voranschlag mit den Bemerkungen und Anträgen des Gemeinderates verwiesen.

A n t r a g :

Die Gemeindeversammlung stimmt dem vorliegenden Budget 2007 zu und beschliesst den für den Budgetausgleich erforderlichen Steuerfuss von unverändert 100 %.

3. Genehmigung der Kreditabrechnung Sondernutzungsplan Goldwand

Die Gemeindeversammlung vom 5. Juni 2003 bewilligte für die Erarbeitung des Sondernutzungsplanes Goldwand einen Planungskredit von Fr. 120 000.—. Die Arbeiten zu dieser Planung erfolgten in den Jahren 2004 bis 2006 und stehen kurz vor dem Abschluss. Bereits wurde das Vorprüfungsverfahren beim kantonalen Departement Bau, Verkehr und Umwelt durchgeführt, ebenso das öffentliche Mitwirkungsverfahren. Die Eingaben werden in der Planungskommission und im Gemeinderat bearbeitet. Der Mitwirkungsbericht wird bis Ende Jahr erwartet. Die öffentliche Auflage und Information der Bevölkerung ist im ersten Quartal 2007 vorgesehen. Die Planungsarbeiten waren wesentlich komplexer und umfangreicher als ursprünglich angenommen. So mussten unter anderem weitergehende Nutzungsabklärungen durchgeführt und die Ergebnisse des begleiteten Verfahrens für die geplanten Überbauungen berücksichtigt werden. Auch die Erarbeitung der rückwärtigen, überdeckten Erschliessung erforderte Mehraufwändungen, damit das Erschliessungskonzept festgelegt werden konnte. Dementsprechend sind die Planungsaufwändungen für die zugezogenen Spezialisten massiv höher ausgefallen als im Rahmen der Krediterteilung kalkuliert. Die restlichen Kosten im Rahmen der öffentlichen Auflage und dem Genehmigungsverfahren werden dem laufenden Budget belastet.

Die Kreditabrechnung präsentiert sich wie folgt:

- Bewilligter Kredit vom 5. Juni 2003	Fr. 120 000.—
- Planungskosten laut Abrechnung	<u>Fr. 166 749.13</u>
= Kreditüberschreitung	<u>Fr. 46 749.13</u>

A n t r a g :

Die Gemeindeversammlung genehmigt die Kreditabrechnung für die Erarbeitung des Sondernutzungsplanes Goldwand im Betrage von Fr. 166 749.13.

4. Gemeindeverband Mütter- und Väterberatung Bezirk Baden; Beitritt und Genehmigung der Satzungen

Ausgangslage

Die Mütter- und Väterberatung des Bezirks Baden (MVB) wird gemäss geltender Vereinbarung vom 1. Januar 1996 gemeinsam von der Pro Juventute Bezirk Baden und den angeschlossenen 26 Einwohnergemeinden geführt. Sie hat den Auftrag, die Eltern eines Säuglings in Fragen zu Pflege, Ernährung, Erziehung und Entwicklung des Kindes etc. zu beraten.

Im Jahre 2003 kündigte die Stadt Baden diese Vereinbarung vorsorglich und forderte die MVB auf

- die Trägerschaft zu überprüfen und eine neue Trägerschaft zu bilden
- die Beratungstätigkeit auf ein- bis fünfjährige Kinder auszudehnen
- einen Vorschlag für ein neues, leistungsorientiertes Finanzierungsmodell zu erarbeiten
- die Leistungsvereinbarung anzupassen.

Die Pro Juventute beschloss an der Bezirkskonferenz 2004, sich aus der Trägerschaft der MVB zurückzuziehen, sobald eine neue Trägerschaft gebildet ist.

Der Vorstand der MVB, der sich aus Vertretern der Gemeinden und einer Vertreterin der Pro Juventute zusammensetzt, bildete für die Erarbeitung der Grundlagen ein Projektteam und eine Begleitkommission. Nachdem ein Zusammenschluss mit anderen Gemeindeverbänden nicht zustande kam, verblieb für die neue Trägerschaft nur noch die Gründung eines eigenständigen Gemeindeverbandes.

Organisation

Als Organe des Gemeindeverbandes sind vorgesehen:

- Abgeordnetenversammlung
- Vorstand
- Kontrollstelle

Die Abgeordnetenversammlung ist das oberste Organ des Gemeindeverbandes. Sie besteht aus je einem Vertreter pro Verbandsgemeinde. Der Vorstand besteht aus fünf oder sieben

Mitgliedern. Die Mehrheit der Vorstandsmitglieder wird aus dem Kreis der Abgeordneten gewählt. Mindestens ein Sitz im Vorstand wird mit einer Fachperson aus dem Sozial- und Gesundheitswesen besetzt, die aber nicht Angestellte des Verbandes ist. Die Mitglieder der Kontrollstelle dürfen weder der Abgeordnetenversammlung noch dem Vorstand angehören.

Dienstleistungen

Die Dienstleistungen der MVB haben die Prävention und Gesundheitsförderung bei Säuglingen und Kleinkindern bis zum Alter von fünf Jahren zum Ziel. Die Nutzung des Angebotes ist freiwillig, grundsätzlich unentgeltlich und steht allen Familien und werdenden Eltern offen. Die Kerndienstleistungen umfassen die Beratung in:

- Pflege
- Ernährung, Stillen
- Entwicklung
- Erziehung
- Psychosozialen Aspekten

Finanzierung

Bis anhin wurden die Kosten der MVB nach Abzug des Staatsbeitrages von den Einwohnergemeinden beglichen. Sie haben die anfallenden Kosten nach Massgabe ihrer Bevölkerungszahlen per 31. Dezember des Budgetvorjahres getragen. Das neue Finanzierungsmodell beruht auf zwei Hauptsäulen:

- Sockelbeitrag der Gemeinden pro Einwohner/-in (Deckung von ca. 40 % des Betriebsaufwandes)
- Leistungsbezogene Abgeltung der Gemeinden für die in den Gemeinden erbrachten effektiven Beratungsleistungen (Deckung von ca. 60 % des Betriebsaufwandes)
- Freiwilliger Unkostenbeitrag der Leistungsbezüger/-innen (symbolische finanzielle Mitbeteiligung an den Beratungskosten)

Der freiwillige Unkostenbeitrag sollte je nach Kapazität zwischen Fr. 20.— und Fr. 70.— betragen. Für Beratungen ausserhalb der Kerndienstleistungen sollen die Leistungsbezüger/-innen in Zukunft einen sozialverträglichen Beitrag bezahlen.

Für die Berechnung der leistungsbezogenen Abgeltung pro Gemeinde wird ein System mit Taxpunkten und Taxpunktwerten festgelegt, da nicht alle Beratungsleistungen den gleichen zeitlichen Aufwand bedeuten (Telefonberatung, Hausbesuche etc.).

Die Gemeinden bezahlen Akontobeiträge an die MVB, welche auf der Basis des letzten Rechnungsjahres erhoben werden. Nach Ablauf des Rechnungsjahres werden die effektiven Beiträge der einzelnen Gemeinden ermittelt und eine definitive Abrechnung erstellt. Die Differenz zwischen den Budgetbeiträgen und den effektiven Gemeindebeiträgen wird im Folgejahr gutgeschrieben oder belastet und mit dem neuen Budgetgemeindebeitrag verrechnet. Im Jahr 2006 wurden im Budget der Gemeinde Ennetbaden Fr. 16 200.— als Entschädigung an die MVB vorgesehen. Im Jahr 2007 ist mit Kosten von rund Fr. 17 400.— zu rechnen.

Terminplan

Der Start des Gemeindeverbandes mit den Gemeinden des Bezirks Baden ist auf den 1. Januar 2007 vorgesehen. Die Satzungen inkl. Beilagen können während der Aktenauflage zur Einwohnergemeindeversammlung eingesehen und/oder bei der Gemeindekanzlei angefordert werden. Sie stehen auch digital unter www.ennetbaden.ch/aktuelles zur Verfügung.

A n t r a g :

Die Gemeindeversammlung stimmt dem Beitritt zum Gemeindeverband Mütter- und Väterberatung Bezirk Baden zu und genehmigt dessen Satzungen.

5. Studienaufträge Gestaltung Raum Bad-/Sonnenbergstrasse; Kreditbegehren

Mit der bevorstehenden Inbetriebnahme der Kern- und Bäderumfahrung und der Schliessung der Schiefen Brücke für den Individualverkehr wird unser Zentrums- und Bädargebiet vollständig vom Durchgangsverkehr befreit. Es handelt sich dabei um den Bereich zwischen den beiden Portalen der Umfahrung. Auf dieser Achse findet künftig lediglich ein beschränkter Anlieferverkehr statt, das heisst, dieses Gebiet wird zu einer Fussgänger- bzw. Begegnungszone. Dies entspricht dem kommunalen Verkehrskonzept 2005, das der Gemeinderat unter Mitwirkung der Bevölkerung genehmigt hat. Auch der zusammen mit der Stadt Baden erarbeitete gemeindeübergreifende Entwicklungsrichtplan Bäderquartier postuliert diese neue verkehrsmässige Ausrichtung. Um dieser Zielsetzung gerecht zu werden, soll die Bad- und Sonnenbergstrasse inkl. Post- und Hirschenplatz neu gestaltet werden. Das gleiche gilt für die Bäderstrasse in Baden von der Schiefen Brücke bis zum Knoten Haselstrasse. Beide Gemeinden sind gewillt, die erforderliche Planung umgehend an die Hand zu nehmen. Angestrebt werden die Aufwertung und die attraktive Ausgestaltung dieser Strassenräume, welche zum Flanieren und Verweilen einladen. Zudem soll der ganze Raum des Planungspereimeters als zusammenhängende Einheit les- und erlebbar gemacht werden. Vorgesehen sind die Erarbeitung von Studienaufträgen durch 4 – 5 Planungsteams. Die Teilnehmer werden ausgewählt aufgrund eines öffentlichen Präqualifikationsverfahrens, für welches sich Planungsteams, zusammengesetzt aus Architekten, Landschaftsplanern, Verkehrsingenieuren usw. bewerben können.

Vorabklärungen haben ergeben, dass für die Durchführung eines solchen Verfahrens mit Aufwändungen von brutto Fr. 150 000.— zu rechnen ist. Die Stadt Baden wird sich an diesen Kosten mit mindestens 20 % beteiligen, sodass der Nettoaufwand für Ennetbaden bei Fr. 120 000.— liegt.

A n t r a g :

Die Gemeindeversammlung bewilligt für die Durchführung von Studienaufträgen für die Neugestaltung der Bad- und Sonnenbergstrasse im Bereiche zwischen den beiden Tunnelportalen, inkl. Post- und Hirschenplatz sowie die Bäderstrasse in Baden einen Kredit von brutto Fr. 150 000.—.

6. Sanierung Limmatuferweg im Bereich der Parzelle 1711; Neues Kreditbegehren

An der Gemeindeversammlung vom 1. Juni 2006 wurde für die Sanierung des Limmatuferweges im Bereich der Parzelle 1711 (siehe Situationsplan) ein Kredit von Fr. 344 000.— inkl. MWST bewilligt. Ursprünglich war vorgesehen, die Mauer und den Weg mit verschiedenen Massnahmen für Fr. 237 000.— zu sanieren. Kurz vor der Gemeindeversammlung ist die Mauer an der Sohle teilweise weggerutscht und hat sich abgesenkt. Als Variante verblieb nur noch die Neuerstellung der Ufermauer. Aufgrund einer groben Kostenschätzung wurde dafür mit Mehrkosten von Fr. 107 000.— gerechnet. Die nachfolgende Submission ergab für die Baugrubenabschlüsse und die Wasserhaltung (Erstellung einer Spundwand) massive Mehrkosten, sodass mit Gesamtkosten bis zu Fr. 560 000.— gerechnet werden musste.

Infolge der hohen Mehrkosten wurde auf die Arbeitsvergabe verzichtet und das projektierende Ingenieurbüro beauftragt, neue Varianten zu studieren. Das neue Projekt sieht in einem Abstand von je 6,25 bis 7,50 m je zwei Beton-Mikropfähle vor, die rund 8 m in den Boden gehen. Auf diesen Pfählen wird eine Stahlkonstruktion mit Quer- und Längsträgern sowie einem Gitterrost und Geländer versetzt. Die Uferpartie wird durch das Anlegen eines Blockwurfes zum Schutze vor Aus- und Unterspülungen gesichert. Diese Variante ist zudem gegenüber der durchgehenden Ufermauer ökologisch vorteilhafter. Laut einer groben Kostenschätzung wird für diese neue Variante mit Kosten von rund Fr. 375 000.— gerechnet.

Im Zeitpunkt der Drucklegung dieses Traktandenberichtes sind verschiedene Details und die Absprache mit den kantonalen Instanzen noch nicht getätigt. Das projektierende Ingenieurbüro wird die erforderlichen Abklärungen noch treffen, für die Hauptbauarbeiten inkl. Pfählung die Submission durchführen und bis Ende Oktober eine entsprechende Kostenzusammenstellung abgeben. Diese kann während der Aktenaufgabe auf der Gemeindeganzlei eingesehen werden. Der Baukreditantrag wird an der Gemeindeversammlung – je nach Submissionsergebnis – entsprechend nach oben oder nach unten angepasst. Die Ausführung der Bauarbeiten ist bei niedrigem Wasserstand, das heisst ab Mitte Januar 2007 vorgesehen.

A n t r a g :

Die Gemeindeversammlung wolle den Beschluss vom 1. Juni 2006 betreffend Sanierung Limmatuferweg im Bereich der Parzelle 1711 aufheben und neu die Sanierungsvariante Steg mit Baukosten von Fr. 375 000.— inkl. MWST bewilligen.

Protokoll

der Einwohnergemeindeversammlung Ennetbaden vom
Donnerstag, 1. Juni 2006, 20.00 Uhr, in der Turnhalle

Büro

Vorsitzender: Basil Müller, Vizeammann

Protokollführer: Anton Laube, Gemeindeschreiber

Stimmzähler: Sepp Bierbaum

Josianne Jenny-Fecit

Katharina Schwab

--oo00oo—

Traktanden

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 17. November 2005
2. Kenntnisnahme vom Rechenschaftsbericht 2005
3. Genehmigung der Verwaltungsrechnung 2005
4. Genehmigung der Kreditabrechnung Projektierungskredit Fussgängersteg
Limmatau mit Vertikalverbindung zum Bahnhofplatz
5. Kenntnisnahme von den Legislaturzielen 2006/2009
6. Einbürgerung Ladwig-Bloch Michael, 1957 und Claudia, 1961
7. Energieversorgungskonzept; Ergänzung Förderungsmassnahmen
8. Verkauf eines Teiles der Gemeindeparzelle 1167 im Zentrum; Zustimmung
9. Sanierung Limmatuferweg im Bereich der Parzelle 1711; Kreditbegehren
10. Verschiedenes

Vizeammann Basil Müller heisst alle Anwesenden zur heutigen Gemeindeversammlung herzlich willkommen. Er dankt für das zahlreiche Erscheinen und die aktive Beteiligung am demokratischen Willensbildungsprozess. Einen speziellen Gruss richtet er an die Vertreter der Medien, Frau Annemarie Pelikan, Rundschau und Herrn Hubert Keller, Aargauer Zeitung. Er dankt ihnen im Voraus für eine ausgewogene Berichterstattung über die Versammlung.

Vizeammann Basil Müller hält fest, dass wenn es so gegangen wäre, wie es sich alle gewünscht und gedacht haben, jetzt Gemeindeammann Markus Weber der Versammlung vorstünde. Dieser hat sich jedoch anders entschieden. Sein Entscheid ist in der heutigen Zeit, die gekennzeichnet ist durch enorme Ansprüche, die vermehrt die Grenzen des Erträglichen überschreiten, zu respektieren. Vizeammann Basil Müller ersucht die Versammlung um einen kurzen Moment der Stille.

Er stellt fest, dass eines der heutigen Haupttraktanden die Genehmigung der Verwaltungsrechnung ist. Diese ist eingebettet in den Rückblick mit dem Rechenschaftsbericht und in den strategischen Ausblick mit den Legislaturzielen 2006/2009. Die Verwaltungsrechnung 2005 hat besser abgeschlossen, sodass die nötigen grösseren Abschreibungen getätigt werden konnten. Diese Abschreibungen sind für die grossen Bauwerke wie die Umfahrung, welche am 21. Oktober 2006 eingeweiht wird, den Verkehrskreisel Landvogteischloss, den Fussgängersteg mit Lift zum Bahnhofplatz in der Limmatau und die Neugestaltung des Schulareals notwendig. Dazu kommen weitere Engagements für die Ausfinanzierung der Pensionskasse, für die Erneuerung und Erweiterung des Alterszentrums Kehl und neue Räumlichkeiten im Schulbereich. Das letzte Abstimmungswochenende hat im Bereich der öffentlichen Sicherheit Klarheit gebracht. Die Gemeinde Ennetbaden hat dank der Zusammenarbeit mit der Stadt Baden diese Aufgabe bereits gelöst. Die Finanzlage darf weiterhin als gesund bezeichnet werden. Die Verschuldungsgrenze von 30 Mio. Franken wird aufgrund des überarbeiteten Finanzplanes, der mit einer Verschuldung von maximal 10 Mio. Franken rechnet, nicht erreicht. Im Planungssektor läuft bis 17. Juni 2006 das Mitwirkungsverfahren über den Sondernutzungsplan Goldwand. Im Zentrum ist die Baubewilligung für die Überbauung Zentrum 1 im Landschild Bächli, Du Pont, Metzgerei spruchreif. Für die 2. Etappe sind im Zusammenhang mit dem Sondernutzungsplan Goldwand Planungsstudien für den Landschild Schief bis Grendelstrasse vorhanden. Dies bedeutet, dass die Liegenschaft Schief abgebrochen werden muss. Dazu mehr unter dem Traktandum 8. Parallel dazu soll in den nächsten Jahren auch das Verkehrskonzept 2005 schrittweise umgesetzt werden.

Er stellt fest, dass die Einladungen zur heutigen Gemeindeversammlung fristgerecht zugestellt wurden und die Unterlagen zu den Traktanden ordnungsgemäss auflagen. Laut Stimmregister sind am heutigen Tage 2012 Personen stimmberechtigt. Laut Ausweiskontrolle sind **181 Stimmbürger/-innen (9,0 %) anwesend**. Für endgültige Beschlüsse müssten 403 Stimmberechtigte anwesend sein. Sämtliche Beschlüsse unterstehen somit dem fakultativen Referendum.

Zu den vorstehenden Feststellungen und der **Traktandenliste** der heutigen Gemeindeversammlung werden auf Anfrage hin keine Einwändungen gemacht. Die Traktandenliste ist somit **ohne Änderungen stillschweigend gutgeheissen**.

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 17. November 2005

Vizeammann Basil Müller: Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 17. November 2005 wurde mit den Einladungsunterlagen schriftlich zugestellt. Nachdem auf Anfrage hin keine Änderungen oder Ergänzungen erfolgen, **beantragt** er, das Protokoll zu genehmigen.

In der **Abstimmung** wird das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 17. November 2005 **mit grosser Mehrheit** ohne Gegenstimme **genehmigt**.

2. Kenntnisnahme vom Rechenschaftsbericht 2005

Gemeinderätin Patrizia Bertschi-Hitz verweist auf die Zahlen und Einzelheiten im zugestellten Rechenschaftsbericht. Betrachtet man diesen nach den Stichworten Bewegungen und Veränderungen, ist ersichtlich, dass Ennetbaden eine stabile Gemeinde ist. Die Veränderungen haben im Zentrum durch den Bau der Umfahrung stattgefunden und Bewegung ist im Planungs- und Schulbereich festzustellen. Das Projekt "Schule bewegt" wurde in Ennetbaden aktiv umgesetzt. Bewegung ist auch im Bereich Kindergarten zu erwarten, wo die Anzahl Kinder stark ansteigt und bei den Tagesstrukturen, die sich sehr gut bewährt haben.

Nachdem keine **Diskussion** erfolgt, **beantragt Vizeammann Basil Müller**, vom Rechenschaftsbericht 2005 zustimmend Kenntnis zu nehmen.

In der **Abstimmung** wird der Rechenschaftsbericht 2005 **mit grosser Mehrheit** ohne Gegenstimme **zur Kenntnis genommen**.

3. Genehmigung der Verwaltungsrechnung 2005

Vizeammann Basil Müller: Die Verwaltungsrechnung 2005 wurde allen Stimmberechtigten mit ausführlichen Begründungen zugestellt. Er erläutert die Rechnung anhand von Folien. Erfreulicherweise konnten insgesamt 3,085 Mio. Franken, das heisst Fr. 971 000.— mehr als budgetiert, abgeschrieben werden. Damit kann der Handlungsspielraum für die kommenden Aufgaben gewahrt werden. Der Steuerfuss soll trotz der hohen Investitionen nicht erhöht werden. Ennetbaden soll auch künftig einen Steuerfuss haben, der unter dem Kantons- und Bezirksmittel liegt. Die grössten Abweichungen zum Budget sind bei den Schulgeldern (+ Fr. 70 000.—), bei den Spitalbeiträgen (- Fr. 186 000.—), der Sozialhilfe netto (+ Fr. 150 000.—), bei den Einkommens- und Vermögenssteuern (+ Fr. 342 000.—) und den Erbschaftssteuern (+ Fr. 390 000.—).

Die Nettoinvestitionen betragen 2,1 Mio. Franken und lagen infolge von zeitlichen Aufschiebungen tiefer als budgetiert. Im Jahre 2006 werden die Investitionen voraussichtlich entsprechend höher ausfallen. Die langfristigen Schulden haben um 1 Mio. Franken zugenommen und betragen heute 5,5 Mio. Franken. Davon entfallen auf die beiden Eigenwirtschaftsbetriebe Wasser und Abwasser rund 4,5 Mio. Franken. Der Eigenwirtschaftsbetrieb Wasserversorgung konnte seine Schuld um Fr. 327 000.— auf 1,833 Mio. Franken reduzieren. Bei der Abwasserbeseitigung konnte das Fremdkapital um Fr. 322 000.— auf 2,66 Mio. Franken gesenkt werden. Infolge Erhöhung der Abwasserbeseitigungsgebühr durch den Abwasserverband muss in den nächsten Jahren voraussichtlich eine Gebührenerhöhung erfolgen. Erfreu-

lich sieht es bei der Abfallbeseitigung aus, wo ein Kostendeckungsgrad von 98,8 % erreicht werden konnte.

Nachdem das Wort nicht verlangt wird, stellt **Herr Paul Meyer**, Präsident der Finanzkommission fest, dass die Finanzen weiterhin gesund sind. Die Finanzkommission wurde bei den Prüfungsaufgaben durch eine externe Revisionsgesellschaft unterstützt. Als Prüfungsergebnis hält er fest, dass die Verwaltungsrechnung 2005 mit der Buchhaltung übereinstimmt. Die Buchhaltung wurde ordnungsgemäss geführt und die Darstellung der Jahresrechnung entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Er **beantragt**, die vorliegende Verwaltungsrechnung 2005 zu genehmigen.

Ohne **Diskussion** wird in der **Abstimmung**, die durch Paul Meyer durchgeführt worden ist, die Verwaltungsrechnung 2005 der Einwohnergemeinde **mit grosser Mehrheit** ohne Gegenstimme **genehmigt**. Herr Paul Meyer dankt für das Vertrauen, das damit dem Gemeinderat, der Verwaltung und der Finanzkommission zum Ausdruck gebracht worden ist. Dem Gemeinderat und der Verwaltung dankt er für die gute Zusammenarbeit bei der Rechnungsprüfung und vor allem für die grosse und engagierte Arbeit für uns alle während des ganzen Jahres. Abschliessend bestätigt er, dass die Finanzkommission auch die Kreditabrechnung Projektierungskredit Fussgängersteg Limmatau mit Vertikalverbindung zum Bahnhofplatz geprüft und in Ordnung befunden habe.

4. Genehmigung der Kreditabrechnung Projektierungskredit Fussgängersteg Limmatau mit Vertikalverbindung zum Bahnhofplatz

Gemeinderat Fritz Gläser: Am 2. Juni 2005 genehmigte die Gemeindeversammlung den Projektierungskredit von Fr. 150 000.— für den Fussgängersteg Limmatau mit Vertikalverbindung zum Bahnhofplatz. Die Kreditabrechnung lautet wie folgt:

- Bewilligter Kredit vom 2. Juni 2005	Fr. 150 000.—
- Projektierungskosten laut Abrechnung	Fr. 148 979.10
= Kreditunterschreitung	<u>Fr. 1 020.90</u>

Er orientiert sodann, dass am 30. Juni 2006 der Spatenstich erfolgt. Ziel ist es, den Fussgängersteg vor der Badenfahrt im August 2007 einzuweihen.

Vizeammann Basil Müller erwähnt, dass die Finanzkommission die vorliegende Kreditabrechnung geprüft und in Ordnung befunden hat. Nachdem die **Diskussion** nicht benützt wird, **beantragt** er, die Kreditabrechnung für den Projektierungskredit Fussgängersteg Limmatau mit Vertikalverbindung zum Bahnhofplatz im Betrage von Fr. 148 979.10 zu genehmigen.

In der **Abstimmung** wird die Kreditabrechnung des Projektierungskredites Fussgängersteg Limmatau mit Vertikalverbindung zum Bahnhofplatz **mit grosser Mehrheit** ohne Gegenstimme **genehmigt**.

5. Kenntnisnahme von den Legislaturzielen 2006/2009

Gemeinderat Pius Graf: Mit der Unterbreitung der Legislaturziele möchte der Gemeinderat darlegen, was in den nächsten vier Jahren und auch längerfristig vorgesehen ist. Es ist eine Gesamtbetrachtung, die für den ganzen regionalen Lebensraum wichtig ist. Er zeigt anhand einer Folie die wichtigsten Ziele. Die kommenden Entwicklungen werden zu Diskussionen Anlass geben. Die Bevölkerung soll darüber rechtzeitig informiert und zur Mitwirkung eingeladen werden. Ennetbaden wird nicht durch den Gemeinderat gebaut, denn die Entwicklung betrifft alle Ennetbadenerinnen und Ennetbadener und die Region. Es ist ein Zusammenspiel zwischen der öffentlichen Hand, den Privaten und den Investoren. Die hohe Standortqualität soll gehalten werden. Die Strukturen für Familien sind vorhanden. Mit der zentralen Lage und der guten ÖV-Erschliessung sind wir sehr schnell in allen Wirtschaftszentren. Das eher bescheidene lokale Gewerbe soll gefördert werden. Der gute Service public der Verwaltung soll der Bevölkerung den Zugang erleichtern. Die Informationen über das Internet und die Ennetbadener Post sollen weiterhin sichergestellt werden. Die Aufwertung der Landschaft im Limmatraum wird mit den Nachbargemeinden angepackt. Über dem Tunnel soll teilweise wieder eine Grünzone geschaffen werden. Wir wollen bei allen Bauvorhaben auch die ökologischen Anliegen berücksichtigen. Der Gemeinderat will die regionale Zusammenarbeit bei der öffentlichen Sicherheit und beim Verkehr fortführen. Wir alle wissen noch nicht ganz genau, wie der Verkehr nach Abschluss der laufenden Verkehrsbauten fliesst. Das Verkehrskonzept liegt vor und die Massnahmen sollen schrittweise umgesetzt werden. Die Gestaltung zwischen den beiden Tunnelportalen bzw. im ganzen Limmatraum wird aufgegleist. Daneben gibt es verschiedene regionale soziale Einrichtungen, die unserer Bevölkerung zur Verfügung stehen. Die Thermen sind ein wertvolles Gut. Eine vermehrte Nutzung soll insbesondere beim Areal Schwanen erfolgen. Das Leben und Wohnen im Limmatraum soll gefördert werden. Es wird jedoch nicht davon ausgegangen, dass sich ein Zentrum wie in der Badstrasse in Baden entwickelt. Es sollen jedoch neue Nutzungen sowie Büros und Wohnungen ermöglicht werden. Der Bau und der Betrieb von Wohnungen, Dienstleistungs- und Gewerbebetrieben soll durch private Investoren erfolgen. Die Gemeinde soll nicht Immobilienbesitzerin werden oder bleiben. Bei der Gestaltung soll jedoch soweit möglich Einfluss genommen werden. Die Finanzplanung soll rollend und vorausschauend betrieben werden. Dazu wird weiterhin eine hohe Eigenfinanzierungsquote angestrebt. Er verweist auf die Liste mit den Planungs- und Investitionsvorhaben und hält fest, dass noch einige Zeit mit einer regen Bautätigkeit zu rechnen ist.

In der **Diskussion** bemerkt **Herr Hans Jürg Etter**, dass er mit Freude die Legislaturziele gesehen habe und wünscht, dass die Gemeinde im Zentrum, nebst der Gestaltung der öffentlichen Räume auch in öffentliche Nutzungen aktiv investieren sollte, damit sich Leben entwickelt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldung erfolgen, **beantragt Vizeammann Basil Müller** von den Legislaturzielen 2006/2009 in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen.

In der **Abstimmung** werden die Legislaturziele 2006/2009 **mit grosser Mehrheit** bei zwei Gegenstimmen **zustimmend zur Kenntnis genommen**.

6. Einbürgerung Ladwig-Bloch Michael, 1957 und Claudia, 1961

Gemeinderat Fritz Gläser: Herr Michael Ladwig, geb. 8. August 1957, und seine Ehefrau Ladwig-Bloch Claudia, geb. 18. Juli 1961, sind deutsche Staatsangehörige. Sie wohnen im Äusseren Berg. Die Einbürgerungskommission hat das Gesuch geprüft und festgestellt, dass das Ehepaar Ladwig mit unseren Verhältnissen vertraut ist. Sie sind integriert und haben sich über gute staatsbürgerliche Kenntnisse ausgewiesen. Die gesetzlichen Voraussetzungen bezüglich Wohnsitzdauer und Eignung sind vollumfänglich erfüllt.

In der **Diskussion** erkundigt sich **Herr Christian Jenny**, ob die Einbürgerungssumme abgeschafft oder vergessen wurde.

Vizeammann Basil Müller erläutert, dass laut Bundesgericht Einbürgerungssummen nicht mehr zulässig sind. Seit 1. Januar 2006 dürfen nur noch kostendeckende Gebühren verlangt werden, die vom Kanton vorgegeben sind.

Nachdem keine weitere Wortmeldung erfolgt, ersucht er die anwesende Frau Claudia Ladwig den Saal zu verlassen und **beantragt**, Dr. Michael Ladwig, 1957 und seiner Ehefrau Claudia Ladwig-Bloch, 1961, das Einwohnergemeindebürgerrecht von Ennetbaden zuzusichern.

In der **Abstimmung** wird der Antrag zur Einbürgerung des Ehepaares Ladwig **mit grosser Mehrheit** bei einer Gegenstimme **gutgeheissen**.

7. Energieversorgungskonzept; Ergänzung Förderungsmassnahmen

Vizeammann Basil Müller: Anlässlich der Gemeindeversammlung vom 17. November 2005 wurde der Gemeinderat gebeten, zu prüfen, ob auch für Pelletsheizungen Förderbeiträge geleistet werden können. Die Abklärungen haben ergeben, dass Pelletsheizungen im Vergleich mit anderen nachhaltigen Ressourcennutzungen Vor- und Nachteile haben. Für Einfamilienhäuser sind sie eher ungeeignet. Die Luftbelastung insbesondere durch Feinstaub, die Herstellung und die Verteilung ist im Vergleich mit Sonnenkollektoren und Wärmepumpen erheblich grösser. Nachdem die Filtertechnik für Pelletsheizungen rasch voranschreitet, sollen Förderbeiträge nur gewährt werden, wenn entsprechende Filteranlagen eingebaut werden. Die gleichen Vor- und Nachteile weisen Holzschneitzelheizungen auf, die ergänzend zum Traktandenbericht auch einbezogen werden sollen. Pro Anlage bis 15 kW Wärmeleistung soll für Pellets- und Holzschneitzelheizungen mit Filteranlagen ein Beitrag von Fr. 2 000.— geleistet werden. Für Anlagen über 15 kW Wärmeleistung wird der Beitrag im Einzelfall festgelegt, wobei der Ansatz maximal verdoppelt werden kann.

Die **Diskussion** wird auf Anfrage hin nicht benützt. **Vizeammann Basil Müller beantragt**, in Ergänzung der Förderungsmassnahmen auch Beiträge für Pellets- und Holzschneitzelheizungen mit Filteranlagen gutzuheissen.

In der **Abstimmung** wird die beantragte Förderung von Pellets- und Holzschneitzelheizungen mit Filteranlagen **mit grosser Mehrheit** bei drei Gegenstimmen **bewilligt**.

8. Verkauf eines Teiles der Gemeindeparzelle 1167 im Zentrum; Zustimmung

Vizeamann Basil Müller erwähnt, dass Herr Anton Arnold als Verwaltungsratsmitglied der Gähler und Partner AG vor der Abstimmung in den Ausstand treten muss und übergibt das Wort an **Gemeinderat Pius Graf**. Herr Graf zeigt anhand einer Folie die Teilfläche von 1 916 m² der Parzelle 1167, die verkauft werden soll. Der Kaufpreis beträgt Fr. 880.— pro m² was insgesamt Fr. 1 686 080.— ergibt. Käuferin ist die Gähler und Partner AG. Die Nutzung richtet sich nach den Bestimmungen des Sondernutzungsplanes Zentrum, welcher – wie für die erste Etappe – noch angepasst werden muss. Eine Fläche von rund 500 m² muss als öffentlicher Platz nutzbar bleiben. Zudem müssen vertikal und horizontal Wegrechte in einer Breite von rund 2 m eingeräumt werden. Der Wortlaut des Vorvertrages lag während der Aktenaufgabe öffentlich auf. Die Hauptgründe für den Verkauf dieses zentralen Areales sind:

- Die jahrzehntelange Planung im Bäder- und Zentrumsgebiet soll einen entscheidenden Schritt weitergebracht und der Realisierung zugeführt werden, damit sich die hohen Investitionen der Gemeinde in die Infrastruktur entsprechend auswirken.
- Das Areal Schwanen soll frei werden für eine Nutzung im Sinne des Entwicklungsrichtplanes (ERP) und des Sondernutzungsplanes Goldwand. Dazu gehört, dass ein Teil einer öffentlichen Nutzung unter Einbezug der Quellen zugeführt wird.
- Die Gähler und Partner AG als grösste Arbeitgeberin mit rund 70 Arbeitsplätzen soll in Ennetbaden bleiben und auf dieser Parzelle mit der Überbauung Zentrum II ihr Dienstleistungsgebäude und Wohnungen errichten können.
- Mit der Überbauung Zentrum I, die aus einem Baukörper entlang der Badstrasse und einem Baukörper im Hang besteht, entsteht eine völlig neue städtebauliche Situation und bereits mit dieser Überbauung wird ein grosser Teil des Parks hinter dem Schief stark beeinträchtigt.
- Mit den neuen städtebaulichen Situationen im Zentrum und an der Goldwand, die nach Ansicht des Gemeinderates entstehen werden, muss das Restaurant Schief – für viele Ennetbadenerinnen und Ennetbadener sicher schwer verständlich, da tief im Herz verankert – weichen. Im Gesamtkontext gesehen ist jedoch etwas Neues zu ermöglichen.

In der **Diskussion** regt **Herr Daniel Gut** an, dieses Grundstück an zentraler Lage nicht zu verkaufen ohne zu kontrollieren, was gebaut wird. Obwohl ein Sondernutzungsplan besteht, sollte der Verkauf an einen Studienauftrag gekoppelt werden. Damit kann ein städtebaulich und architektonisch überzeugendes Projekt ausgewählt werden.

Herr Adrian Rehmann ist der Ansicht, dass die Nutzungen im Zentrum allen dienen sollten. Mindestens im Erdgeschoss soll eine dem Zentrum angemessene Nutzung bzw. die Schaffung von Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf geprüft werden. Es wäre schade, wenn dieses wichtige Ziel nicht erreicht würde.

Herr Anton Bucher vermisst in der Vorlage einen Plan und erläutert die Geschichte dieses Areals. Aus dem Vorvertrag ist ersichtlich, dass die Gähler und Partner AG das Recht hat, das Kaufrecht an einen Investor weiterzugeben, wobei ein langfristiger Mietvertrag für das Bürogebäude erforderlich ist. Im Vertrag wurde auch festgehalten, dass die Käuferin das Recht hat im Parkhaus Posttäli 25 Parkplätze zu erwerben. Zudem falle der Vertrag erst nach 10 Jahren ersatzlos dahin, wenn bis dann keine rechtskräftige Baubewilligung vorliegt.

Herr Mladen Dakic erwähnt, dass er Präsident der SP Ennetbaden sei. Einerseits freue ihn, dass die Gähler und Partner AG in Ennetbaden bleibt und dass es im Zentrum Büros gibt. Andererseits gefällt ihm nicht, dass beim Schwanenareal entlang der Rössligasse hohe Bauten

entstehen sollen. Er zitiert aus den Vorschriften des Sondernutzungsplanes Goldwand und befürchtet, dass städtebaulich keine gute Lösung entsteht, da in der Regel die zulässigen Gebäudehöhen auch ausgenutzt werden.

Frau Regula Jenny-Walti kritisiert, dass in der Vorlage das Schief nicht erwähnt wurde und hat den Eindruck, dass nicht mit offenen Karten gespielt werde. Was wollen wir mit teuren Eigentumswohnungen und Büroräumen, die nachts leer stehen und einem Wellnessstempel sowie einer Altersresidenz? Ist das das lebendige Zentrum, von dem alle erzählt haben? Das Café Schief ist aus dem alten Ennetbaden und es sollte nicht alles abgerissen werden. Mit der Umfahrung haben wir keinen Verkehrslärm mehr im Zentrum und es besteht die Gefahr, dass wir auch kein Leben mehr haben werden.

Herr Erwin Gysel: Das Café Schief wurde 1959 als Abbruchobjekt gekauft. 1979 wurde es auf Zeit renoviert. Er erläutert die Vorgeschichte und erwähnt, dass die Realisierung der Umfahrung wesentlich länger gedauert habe. Das Leben und die Gewerbebetriebe im Zentrum sind in dieser Zeit immer mehr zurückgegangen. Der sogenannte Treffpunkt Café Schief kann von den Gästen aus Ennetbaden nicht existieren. Aus diesem Grunde sind auch die Öffnungszeiten sehr reduziert, damit der Wirt Hans Rüfenacht einigermassen über die Runden kommt. Die Zeiten des Café Schief sind vorbei. Wer geht noch hin, wenn die heutige Seele des Schiefs, Hans Rüfenacht, pensioniert ist? Wir wollen keine Situation wie beim Hotel Verena-hof in Baden. Alles geht einmal vorbei und Arbeitsplätze sind in Ennetbaden nötig, damit ein gewisser Konsum von Gütern erfolgt.

Frau Katja Sedgwick Badan rühmt das Essen im Café Schief und erwähnt, dass sie seit vier Jahren in Ennetbaden wohne und sich bis heute um nichts gekümmert habe. Sie hat das Gefühl, dass in Ennetbaden einiges seltsam läuft. Es herrscht ein wahnsinniger Bauboom und man sollte den Mut aufbringen, einmal nein zu sagen und etwas Luft zu holen. Zuerst sollen Pläne und Visionen gezeigt werden.

Herr Anton Bucher erinnert nochmals an die Vorgeschichte. Das Schief wurde für Fr. 350.— pro m² gekauft und es wurden 1979 umgerechnet Fr. 200.— pro m² investiert. Das Café Schief kann bis zur Pensionierung von Hans Rüfenacht weiterbetrieben werden, ohne dass viel passiert.

Herr Christoph Flory erwähnt seinen Leserbrief. Er wohne seit 10 Jahren in einer sogenannten Abbruchliegenschaft an der Oberdorfstrasse 6. Er erläutert die Geschichte seiner Liegenschaft und ist der Ansicht, dass jedes alte Haus saniert werden kann. Zudem ist er aufgrund der Erkundigungen in Baden überzeugt, dass das Café Schief auch durch einen Nachfolger von Hans Rüfenacht betrieben werden kann. Er ist der Ansicht, dass so ein florierender Betrieb nicht zerstört werden sollte und befürchtet, dass das Zentrum mit neuen Restaurants in der Zukunft von Ennetbaden nicht funktioniert. Er hofft deshalb, dass die Anwesenden Mut haben, an die Zukunft glauben und das Café Schief behalten.

Herr Dieter Gerber: In den letzten 40 Jahren ging es im Zentrums- und Bädergebiet langsam bachab. Hotels und Läden haben geschlossen. Ennetbaden hat die Situation erkannt und für die Umfahrung gekämpft. Leider hat es bis zum Spatenstich sehr lange gedauert und in dieser Zeit sind die Liegenschaften weiter verfallen, da niemand investiert hat. Seit dem Spatenstich hat dies geändert. Heute sind Investoren bereit, ihr Geld in Ennetbaden einzusetzen. Das heutige Zentrum mit dem Café Schief und dem Hotel Hirschen ist nicht attraktiv. Heute ist der Moment, die Zukunft von Ennetbaden an die Hand zu nehmen. Mit dem denkmalgeschützten Schwanen haben wir eine einmalige Chance, die es zu packen gilt. Oft will niemand ein Ge-

bäude übernehmen, das unter Denkmalschutz steht. Das Tertianum ist dazu bereit und will ein öffentliches Restaurant und ein Wellnessangebot realisieren, das auch von der Ennetbadener Bevölkerung benützt werden kann. Dazu muss die Gähler und Partner AG im Schwanen weichen. Diese Arbeitsplätze sollten unbedingt in Ennetbaden behalten werden.

Frau Beatrice Walker-Schäfer erkundigt sich, ob das Grundstück ausgeschrieben wurde?

Herr Adrian Rehmann erwähnt, dass die geplanten Wohnungen des Tertianum über Fr. 8 000.— pro Monat kosten. Zudem geht er davon aus, dass das Restaurant im Schwanen mit dem Schiefvertrag keinen Zusammenhang hat und in Alterswohnungen in Ennetbaden kein Steuerwohnsitz begründet wird. Er glaubt, dass im Jahre 2006 eine Koexistenz des Schiefs in einer neuen Überbauung oder zumindest eine entsprechende Nutzung im Erdgeschoss möglich sein sollte. Er appelliert auch an die Gemeinde als Grundeigentümerin im Gebiet Goldwand beim Grundstückverkauf sich zu engagieren und nicht nur mit der Gähler und Partner AG zu verhandeln.

Vizeammann Basil Müller hält fest, dass das Schief verschwindet. Anstelle des Café Schief wird der denkmalgeschützte Esssal im Schwanen, welcher im klassischen Jugendstil gebaut wurde, einer öffentlichen Nutzung zugänglich gemacht werden. Der Sondernutzungsplan Goldwand ist ein separates Verfahren, wo zur Zeit das Mitwirkungsverfahren läuft. Zur Sicherstellung der städtebaulichen Qualität erfolgt eine Begleitung durch erfahrene Fachleute. Auch bei der Überbauung Zentrum II wird eine entsprechende Begleitung erfolgen. Bei den erwähnten Kosten von Fr. 8 000.— pro Monat sind auch sämtliche Dienst- und Betreuungsleistungen enthalten. Was passiert, wenn dem Vorkaufsvertrag nicht zugestimmt wird? Der Schwanen wird längere Zeit nicht frei für eine öffentliche Nutzung und ein Wellnessangebot. Mit dem Vorkaufsvertrag erfolgt ein weiterer logischer Schritt für die Zentrumsentwicklung. Ladenflächen zur Deckung des täglichen Bedarfes sind in der Überbauung Zentrum I bereits vorgesehen. Bei einer Ablehnung der Vorlage sind die Arbeitsplätze der Gähler und Partner AG in Ennetbaden langfristig gefährdet. Mit Hans Rüfenacht wurde über die Zukunft des Café Schief gesprochen. Er war natürlich aus persönlichen Gründen nicht begeistert, obwohl er seit Jahren weiss, dass die Planung in dieser Richtung vorangetrieben wurde. Zum Kaufpreis kann festgehalten werden, dass keine öffentliche Ausschreibung erfolgt ist, da Schätzungen vorliegen und für das Land der Marktpreis der Überbauung Zentrum I erzielt wird.

Herr Daniel Gut beantragt, dass bei Zustimmung zum Vorkaufsvertrag ein Studienauftrag zur weiteren Kontrolle durchgeführt werden muss.

Vizeammann Basil Müller hält dazu fest, dass für die Überbauung Zentrum II der Sondernutzungsplan noch angepasst wird. Dieser Sondernutzungsplan wird durch Architekt Rüegg städtebaulich begutachtet. Er empfiehlt deshalb, dem Antrag Gut nicht zuzustimmen, da die Qualitätssicherung bereits sichergestellt ist.

In der **ersten Abstimmung** wird der Zusatzantrag von Daniel Gut **mit 64 : 83 Stimmen abgelehnt**.

Vizeammann Basil Müller verliert nochmals den **gemeinderätlichen Antrag**. Dieser lautet: Die Gemeindeversammlung ermächtigt den Gemeinderat von der Parzelle 1167 die Teilfläche in der Kernzone von ca. 1 916 m² für Fr. 880.— pro m² zu verkaufen.

In der **Hauptabstimmung** wird der gemeinderätliche Antrag mit **86 : 72 Stimmen gutgeheissen**.

9. Sanierung Limmatuferweg im Bereich der Parzelle 1711; Kreditbegehren

Gemeinderätin Patrizia Bertschi-Hitz: Der Limmatuferweg im Bereich der Parzelle 1711 ist in einem schlechten Zustand. Anfangs Jahr wurde klar, dass eine Sanierung unumgänglich ist. Aufgrund der verschiedenen Varianten war vorgesehen, die Sanierung im Schutze der bestehenden Mauer auszuführen. Beim Hochwasser in den letzten Wochen ist die bestehende Mauer weggerutscht, sodass ein anderes bauliches Vorgehen nötig wird. Es ist eine Spundwand erforderlich, damit die neue Mauer erstellt werden kann. Die Ausführung ist so rasch als möglich vorgesehen, wobei auf den Wasserstand Rücksicht genommen werden muss. Für den Neubau der Mauer anstelle der vorgesehen Sanierung entstehen laut Kostenschätzung zusätzliche Kosten von Fr. 107 000.—. Das Kreditbegehren erhöht sich somit auf Fr. 344 000.—.

In der **Diskussion** empfiehlt **Herr Bruno Kocher** den Antrag abzulehnen, da die genauen Kosten noch nicht bekannt sind. Zudem wird ja der neue Fussgängersteg über die Limmat gebaut, der direkt zur Promenade nach Baden führt. Nachdem dieser Limmatuferweg nur selten benützt wird, sollte auf die Sanierung verzichtet werden.

Herr Michael Wetzol befürchtet, dass bei einem Zuwarten die Schäden und damit die Kosten höher werden.

Frau Regula Jenny-Walti erkundigt sich, ob mit der Sanierung bis zur Gemeindeversammlung zugewartet werden musste.

Vizeammann Basil Müller erinnert an Diskussionen betreffend Kreditüberschreitungen bei anderen Projekten. Der Gemeinderat wollte deshalb die Sanierung nicht ohne Gemeindeversammlungsbeschluss in Auftrag geben. Er **beantragt**, dem vorliegenden Sanierungsprojekt des Limmatuferweges zuzustimmen und einen Kredit von Fr. 344 000.— inkl. MWST zu bewilligen.

In der **Abstimmung** wird dem Sanierungsprojekt des Limmatuferweges mit einem Baukredit in der Höhe von Fr. 344 000.— inkl. MWST **mit grosser Mehrheit** bei drei Gegenstimmen **zugestimmt**.

10. Verschiedenes

Herr Otto Wetzol kritisiert, dass viele Redner das Mikrofon nicht benützen und deshalb die Voten nicht verstanden werden. Dies gilt auch für die Gemeinderäte, die teilweise ebenfalls nicht ins Mikrofon reden.

Herr Anton Bucher hat vor längerer Zeit der Redaktion Ennetbadener Post einen Artikel über die Gerechtigkeitsgenossenschaft Ennetbaden (GGE) eingereicht. Kürzlich ist ein Artikel über den Wald aber nicht über Geschichte der GGE erschienen. Er wünscht, dass dies bei Gelegenheit nachgeholt wird.

Nachdem das Wort unter Verschiedenem nicht weiter verlangt wird, orientiert **Vizeammann Basil Müller**, dass die Ersatzwahlen für den Gemeinderat Ennetbaden am 24. September 2006 stattfinden. Die Parteipräsidentinnen und Parteipräsidenten treffen sich am 19. Juni 2006, um über mögliche Kandidaturen zu sprechen. Die Wahlvorschläge müssen bis Freitag,

11. August 2006, 16.30 Uhr, bei der Gemeindekanzlei eingereicht werden. Die nächste Gemeindeversammlung findet am Donnerstag, 16. November 2006 statt.

Er dankt allen für das Erscheinen und schliesst die heutige Gemeindeversammlung mit der Einladung zu einem Umtrunk im Foyer.

Schluss der Versammlung: 22.20 Uhr.

Namens der Einwohnergemeindeversammlung

Der Vizeammann

Basil Müller

Der Gemeindegemeinschreiber

Anton Laube